

Maßnahmen

Organ der Kommunistischen Linksopposition

Zu beziehen durch
Josef Güttel, Wien, XXI, Stryckgasse 4
Redaktion: Wien, V., Gartengasse 1/13

WIEN

Nr. 8

Mai 1933

5. Jahrg.

Erscheint 14 täglich. — Preis bei Arbeitslosenvermittlung
gen und Auszahlungsstellen 12 Groschen.
Abonnement vierteljährlich S — 90

Für ein neues Zimmerwald! Für die Wiedergeburt der Komintern!

Von Wolfgang Bertram

Der drohende Zusammenbruch der Komintern, den die Katastrophe der KPD und der deutschen Arbeiterbewegung eingeleitet hat, die immer stärker wachsende Kriegsgefahr für die Sowjetrepublik, die durch die Schwächung der internationalen Arbeiterbewegung aufs schwerste geführt ist, das drohende Uebergreifen des deutschen Faschismus auf andere Länder, internationale Probleme von weltgeschichtlicher Tragweite, stellen vor uns. Die deutsche Tragödie zeigte uns allen in furchtbarer Weise, daß die Sozialdemokratie offen dem Klassenfeind die Arbeiterbewegung ausliefern kann, wenn ihr nicht von den Kommunisten die Beherrschung der Arbeiterorganisationen möglich gemacht wird.

Es zeigte sich, daß die Politik und das innere Regime der Fraktion Stalin, die die Komintern beherrscht, selbst eine große Partei, wie die KPD und mit ihr eine große revolutionäre Arbeiterbewegung völlig zersetzt und geistig entwannt.

Jede kommunistische Fraktion, jeder einzelne Revolutionär, ist durch die neuen Ereignisse gezwungen, sich die Frage zu stellen:

Leitet der deutsche Zusammenbruch bereits das Ende des ersten, weltgeschichtlichen proletarischen Vorstoßes ein, der mit der Oktoberrevolution in Petrograd begann? Oder ist es noch möglich, Kräfte zu sammeln, die diese Katastrophe im internationalen Maßstabe abhalten und fähig sind, einer neuen Aufschwung der kommunistischen Bewegung vorzubereiten?

Die Fraktion Stalin, die seit der ersten deutschen Niederlage (1923) in steigendem Maße die Lösung der russischen Arbeiterklasse im Namen des „Sozialismus in einem Lande“ von der Weltarbeiterbewegung vorbereitet, hat jetzt sogar auf jede Solidarisierung mit der deutschen Arbeiterklasse verzichtet. Selbst Gruppen, die die Fraktion Stalin bisher in ihrer russischen Politik bedingungslos unterstützt, wie die deutsche Brndelgruppe und die Stmburger Rechtsopposition, sind durch die harten Tatsachen gezwungen, den Verzicht der Stalinschen Fraktion auf jede Solidarisierung der russischen Arbeiterklasse mit dem deutschen Proletariat festzustellen.

Mit immer zwingenderer Deutlichkeit haben die politischen Ereignisse nahezu eines Jahrzehnts bewiesen, daß die Herrschaft der Fraktion Stalin die Garantie für den Zusammenbruch der Komintern darstellt.

Im Verlaufe der permanenten Krise der Komintern, die die Herrschaft der Stalinschen Fraktion kennzeichnet, sind verschiedene Teile der kommunistischen Bewegung mit der herrschenden Fraktion in Konflikt geraten. Es entstand die „Linke“, die sich in großen inneren Kämpfen zu einer internationalen marxistischen Strömung entwickelte, ohne daß es ihr aber gelang, zu einer einheitlichen Fraktion mit einer gemeinsamen Plattform zu werden. Es entstand die „Rechte“, die in den praktischen Fragen der Alltagspolitik mit der Stalinschen Fraktion in Konflikt geriet, als diese den Fiebertrumen der dritten Periode nachjagte. Eine Reihe von großen internationalen Erfahrungen haben bewiesen, daß sowohl die Linke, wie die Rechte, wie auch die herrschende zentristische Fraktion, verschiedene Richtungen im Lager des Kommunismus darstellen. Das bedeutet aber nicht, daß diese Gruppierungen endgültig formiert sind, daß nicht die neuen Erfahrungen eine Ueberprüfung der Politik jeder einzelnen Gruppe erfordern, sowohl der Linken, wie der Rechten, wie auch der zahlreichen autonomen kommunistischen Gruppen in den einzelnen Ländern.

Je mehr erst die weltgeschichtliche Tragweite des deutschen Zusammenbruchs allen Arbeitern aller Länder voll zum Bewußtsein kommen wird, umso schmerzhafter wird ihr Erwachen sein, umso tiefer die Ershnerungen der bestehenden Arbeiterorganisationen, Krisen, Umgruppierungen und Spaltungen. Das gilt insbesondere für die deutsche Arbeiterklasse, das gilt aber auch für die übrige Arbeiterbewegung.

Wir stehen innerhalb der Arbeiterbewegung am Beginn einer Periode tiefgehender innerer Veränderungen, wie sie 1914 der Weltkrieg und der Verrat der 2. Internationale einleitete.

Diesmal aber ist es nicht nur die 2. Internationale, sondern auch die Komintern, die von den Arbeitern zur Verantwortung gezogen wird; denn im Kriege wie im Klassenkampf wird nicht nur Rechenschaft von bewußten Verrtern, sondern auch von Verantwortlichen für eine

schändliche Niederlage gefordert.

Das, worum es in einer solchen Krise ankommt, das ist das revolutionäre Zentrum, das fähig ist, den beklubten, aufgerttelten Massen den Sinn der Ereignisse klar zu machen, sie zu befähigen um ihnen zu helfen, sich von neuem zu sammeln.

Dieses revolutionäre Zentrum gilt es zu schaffen!

Es kann nur von jenen geschaffen werden, die selbst es verstehen haben, marxistische Lehren aus den Ereignissen zu ziehen. Dieses revolutionäre Zentrum kann nur aus jenen Teilen der kommunistischen Bewegung geführt werden, die fähig sind, das große geschichtliche Erbe der Komintern, das in den ersten vier Weltkongressen niedergelegt ist, aufzunehmen und weiterzuentwickeln, nicht, um sich der Komintern als „1. Internationale“ entgegenzustellen, sondern um ihr zu helfen, sich von ihrer zentristischen Politik zu befreien und ihre historische Mission zu erfüllen.

Wir glauben nicht, daß der beginnende Klrungsproze, der in den einzelnen Gruppen eingesetzt hat, genügt, um wirklich frei von kleinem Gruppenegoismus und Fraktionserinnerungen zu vorsehen, gemeinsames Handeln aller jener Kommunisten zustande zu bringen, die wenigstens in den wichtigsten Fragen übereinstimmen.

Die innere Diskussion innerhalb der Linken ist notwendig und fruchtbar. Wenn sie zum Zusammenschluß aller Linken auf einer gemeinsamen Plattform führt, dann wird sie die Kraft der Linken außerordentlich erhöhen. Darum sind auf dieses Ziel unsere Hauptanstrengungen gerichtet.

Aber wir müssen uns darüber im Klaren sein, daß der Prozeß der Krise der revolutionären Bewegung ein sehr langer und sehr schmerzvoller sein wird, wenn wir keine Verbündeten in der kommunistischen Bewegung finden, die fähig und willens sind, mit uns gemeinsam das revolutionäre Aktionszentrum aufzurichten, das den revolutionären Arbeitern den Weg weist.

Was notat, das ist eine offene und ernste Diskussion zwischen allen Kommunisten, die sich zu den Leninischen Weltkongressen bekennen und willens sind, an der Wiedergeburt der Komintern zu arbeiten.

Was not tut, das ist die sorgfältige Vorbereitung einer

internationalen kommunistischen Konferenz, eines neuen Zimmerwald.

Gewiß: zu dem historischen Zimmerwald von 1916 gingen die Bolschewiki bereits als die bewutsten Organisatoren einer neuen Internationale. Die Linken in der Komintern können sich in der gegenwärtigen Periode, wo auch die Reste der proletarischen Diktatur in der UdSSR bestehen und die Möglichkeit einer Rettung der Komintern vorhanden ist, dieses Ziel nicht stellen. Sie müssen sich gegenwärtig darauf beschränken, auf dem Wege der Diskussion und gemeinsamer Aktionen mit den anderen kommunistischen Gruppen den Prozeß der geistigen Klärung vorwrztreiben.

Wir geben uns keinen Illusionen hin, daß der Weg, den wir vorschlagen, leicht ist. Er ist unendlich schwer. Es wird lange brauchen, um auch nur die wichtigsten kommunistischen Gruppen zu überzeugen, daß eine solche internationale Ausnahme notwendig ist. Man wird uns entgegenhalten, daß der Prozeß der Kadernbildung nicht durch solche internationale Konferenzen, auf denen Kretli und Plethi erscheinen, geführt wird.

Die Bolschewiki lauten ihre Kadern auf und gingen doch nach Zimmerwald, um mit anderen, zum Teil höchst fremdartigen politischen Gruppen über gemeinsame Schritte zu diskutieren.

Wenn wir ein neues Zimmerwald propagieren, so verzichten wir keine Sekunde auf unsere eigene Plattform, auf unsere eigene Fraktion. Diskussionen über gemeinsame Schritte zu verhandeln, sind eine Sache; sich zu einer gemeinsamen politischen Organisation zusammenzuschließen ist eine andere.

Die Ziele, die wir gestellt haben, sind gemessen an der katastrophalen Zuspitzung, die die internationale Lage erfahren hat, wahrlich bescheiden. Aber selbst um sie zu erreichen, ist sehr viel notwendig, vor allem die innere Bereitschaft bei den anderen Gruppen, ernsthaft über ein solches neues Zimmerwald zu diskutieren, ernsthaft dazu Stellung zu nehmen und die Klarheit darüber; daß auf uns allen, die wir willens sind, der Arbeiterklasse zu dienen, gegenwärtig eine große und schwere Verantwortung lastet.

Nach dem 1. Mai in Oesterreich

Was sagte uns der 1. Mai 1933!

Seit dem 4. März, dem Tage der Sprengung des Parlaments durch die Regierungsparteien, vollzog sich in Oesterreich ein Wandel, der selbst die Umwlung von 1918 hinter sich zurückläßt. Die politischen Reformen des Umsturzjahres sind nicht nur beseitigt, sondern überholt, im rückläufigen Prozeß. Im Verhältnis zu den Notverordnungen und der Rechtspraxis des Diktatur-Regime von heute, waren selbst die politischen Zustände des habsburgischen Absolutismus freilich.

Sozialpolitisch und in allen Fragen des Koalitionsrechtes hat z. B. das Streikverbot einen Zustand geschaffen, wie er vor 1869 in dieser Schärfe nicht bestand. Nichts, was die Bourgeoisie 1918 opferte, um sich von der proletarischen Revolution loszukaufen, ist mehr gesichert. Die sozialen Gesetze sind durch die Praxis ihrer Handhabung und Rechtsprechung, sowie die Massenarbeitslosigkeit, die den größten Teil der Arbeiterschaft vom Genuß der sozialen Einrichtungen ausschließt, faktisch aufgehoben.

Der 1. Mai war der symbolische Ausdruck für die gegenwärtig in Oesterreich herrschende Atmosphäre. Wien bot das Bild einer belagerten Stadt. Das Ziel der Heimwehren, das „rote“ Wien zu erobern, war am 1. Mai zur Tat geworden. Die Eroberung vollzog sich zwar nicht im Marsch nach Wien, sondern in der Beugung des „roten“ Wien vor der mit Heimwehrrassisten aufgeputzten Staatsgewalt.

Just am Weltkampftag des Proletariats, der von der Sozialdemokratie seines Kampfcharakters beraubt und in ein Volksfest verwandelt wurde, demonstrierte die Reaktion ihre Herrschaft über das „rote“ Wien. Daran ändert auch nichts, daß im Rathaus noch Seitz als Bürgermeister die Kuckuckseder ausbrutet, die ihm Herr Dollfuß und Herr Fey in den Amtsstuhl legen. So mußten die Straßenbahner am 1. Mai fahren, um zu verhindern, wie die „A.-Z.“ tmudistisch sagt, daß sich gewisse Herren ihr Mtchen kühlen und die Straßenbahner unter Zwangsverwaltung eines Bundeskommissars stellen. Wahrhaft, eine bessere Gelegenheit,

sich ihr Mtchen zu kühlen, hätte diesen Herrn nicht geboten werden können, als die, daß sich eine Hochburg der Sozialdemokratie, die organisierten Straßenbahner, beugten... Denn auch ein Regierungskommissar könnte nicht die Arbeit von zehntausend Straßenbahner leisten und die Wagen ins Rollen bringen. Daß alles in Ordnung und nach Wunsch gewisser Herren ging, verdanken die gewissen Herren ihren sozialdemokratischen Lakaien, die sich — behute Gott — nicht von ihren Amtssthlen wegprovokieren lassen. Es wird Herrn Fey nichts anderes übrig bleiben, als trotz alledem sich mit dem Odium der Undankbarkeit zu behaftan...

Die Sozialdemokratie gab den 1. Mai Schritt um Schritt preis. Von der Phrase, wir feiern den 1. Mai in gewohnter Weise, wurde die lebende Aufforderung, nur stumm in den von der Polizei freigegebenen Straßen spazieren zu gehen.

Freilich, ganz so stumm verlief auch das Spaziergehen nicht, aber es herrschte auch Qunkmittel als Antwort der wirklichen Herren von Wien auf die Freiheitsrufe der Arbeiter.

Der Traum vom „roten“ Wien, der „sozialistischen Insel“ in der „demokratischen Insel“ ist ausgehumt. Bald werden die letzten Hllen fallen. Mit der verreckenden Demokratie verfllt auch ihr roter Aufputz: Wien, die Stadt der sozialdemokratischen Träume.

Aber auch in der anderen Richtung hin warf der 1. Mai 1933 seine drohenden Schatten. Es gab in den Herzen des proletarischen Wien, in den Arbeiterbezirken, hunderte mit Hakenkreuzschmuck beflaggte Fenster. Und wieviel Wohnungen wird es noch geben, die die Nazigesinnung ihrer Bewohner noch nicht offen zur Schau zu tragen, für ratsam hielten? Mit welcher Wucht die nationalfaschistische Welle über Oesterreich hereingebrochen ist, bezuzgen wieder die Gemeinderatswahlen der jüngsten Zeit. Im Innsbruck verliert die SP seit dem Jahre 1929 über viertausend Stämmen an die Nazi. Aehnlich das Wahlergebnis in Stockerau, Steyr, Heidenreichstein und Landeck. In diesen Gemeinden wird

die NSDAP die zweit- und drittstärkste Partei: Aber noch viel wichtiger und alle anderen Tatsachen zurückstellend ist der Uebertritt des österreichischen Heimatschutzes (und mit ihm hundert Ortsgruppen in anderen Bundesländern), der über gewaltige Waffenbestände verfügt, zu den Nazi. Damit haben die Nazi nicht nur die stärksten Heimwehorganisationen, sondern auch beträchtliche militärische Kräfte gewonnen.

Und all das vollzog sich unmittelbar nach der Auflösung und Entwaffnung des Schutzbundes, nach der kraftlosen und burlesk-feigen Geste des Parlaments am 15. März, dem immer mehr die Bedeutung des 20. Juli in Deutschland zukommt.

Was die Arbeiterklasse Oesterreichs, die geschlossen unter der Führung der SP steht, in diesen 8 Wochen kampflös der herrschenden Klasse überlassen hat, sind nicht „Feldwachen und Vorposten“, das sind Grundrechte, mit denen die Arbeiterklasse steht oder fällt.

Mit der radikalen Phrase voran, hat die SP-Führung das Proletariat von Tag zu Tag, die Waffen und die Kampfpositionen freiwillig preisgebend, in den Rückzug geschleppt, vor allem darauf bedacht, die Futterkrüppen, das ist der bürokratische Apparat, der die Arbeiterschaft lähmt, narkotisiert und täuscht, zu retten.

Es klingt wie touflischer Hohn, wenn die Mainnummer der „A.-Z.“, auf den ehernen Gang der Geschichte verbrostend, jesuitisch-heuchelnd verkündet: „Die Maschinengewehre auf der Ringstraße — das ist der Maitag der Gegenrevolution; ein freies und frohes Volk auf der Ringstraße, den erzugenen Sieg feiernd — das muß, wir geloben (was ist mit dem Freiheitsgelübde der Wiener Vertrauensmännerversammlung? Anm. d. Red.) es uns heute, der Maitag der kommenden (gesprochen von uns. Die Red.) Jahre sein!“

Die kommenden Jahre werden, wenn die Arbeiterklasse weiter diesen feigen Heuchlern folgt, auch ein „freies und frohes“ Volk auf der Ringstraße finden, aber es wird

der johlende Menschenstau der faschistischen Konterrevolution sein, deren Machtantritt die Sozialdemokratie durch ihre schändliche Kapitulationspolitik vorbereitet.

Der Wechsel von „Revolution und Konterrevolution“, den die „A.-Z.“ gleich einem Naturereignis in die letzten Tage verlegen will, datiert nicht seit dem Machtantritt Hitlers in Deutschland,

er datiert seit den blutigen Jämertagen des Jahres 1919, in denen Herr Noske im Auftrage der deutschen Sozialdemokratie, die proletarische Revolution unter Führung von Liebknecht und Rosa Luxemburg blutig niederschlug.

Die Kräfte der Konterrevolution hat zuerst die deutsche Sozialdemokratie unter Führung von Ebert, Legien und Konsorten zu sammeln begonnen. Der „eherne Gang der Geschichte“ endete mit dem unvermeidlichen Sieg des Faschismus in Deutschland, weil an der Spitze der deutschen Arbeiterklasse Verräter vom Schlage Wels, Leipart, Severing und Bankrottäre aus dem Arsenal des bürokratischen Zentrismus Stalins im Format von Thälmann, Remelo, Neumann und Heckert standen. Verteilt sich die Schuld und Schmach für den schändlichen Sieg des Faschismus in Deutschland auf die Bürokratie der II. und III. Internationale, so fällt sie in Oesterreich ausschließlich auf die sozialdemokratischen Führer, falls es dem Faschismus gelingen sollte, die mächtige österreichische Arbeiterklasse in seine Ketten zu legen. Die Rolle der österreichischen Stalinbürokraten erschöpft sich in ungewollten, aber deshalb nicht minder wirksamen Handlungsdiensten für die SP-Führung.

Gewiß, die durch die sozialdemokratische Politik vorbereitete Macht der Konterrevolution wird überwunden werden, aber nicht durch den „ehernen Gang der Geschichte“, d. h. durch die hündische Lakaienrolle der SP-Führer, sondern durch den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse, die sich auf ihrem Weg vom bankrotten Reformismus und Zentrismus (aller Schattierungen) zum revolutionären Marxismus eine revolutionäre Kampfpartei schmieden wird.

wendigen Informationen zu sammeln, wurde Ende März ein Auslandszentrum geschaffen, das sich gegenwärtig in Paris befindet.

Die Fraktion hat eingehend zu der Frage Stellung genommen, welcher Weg auf Grund des kampflösen Zusammenbruchs der Partei einzuschlagen ist. Sie entschied sich für die Ablehnung einer neuen Partei, für deren Aufbau keine Basis gegenwärtig vorhanden ist. Auf einer Konferenz, gemeinsam mit oppositionellen Delegierten aus den wichtigsten Arbeiterbezirken Berlins, wurde der Beschluß gefaßt, in der Partei ein Oppositionszentrum aufzurichten, das den Funktionären in der Partei Informationen und Direktiven gibt und den schärfsten Kampf gegen das bürokratische Zentrum führt, das die zentristische Fraktion wieder aufgerichtet hat. Das bürokratische Zentrum steht jetzt politisch im Zeichen der Heinz-Neumann-Ideologie.

Die Bestrebungen, zu einer Zusammenarbeit mit den Anhängern des Gen. Trotzki in Deutschland zu gelangen, haben bisher zu keinem Resultat geführt. Obgleich die Gruppen Berlin-Neukölln und Berlin-Südost der Berliner Trotzki-Gruppe für diese Zusammenarbeit eintraten, lehnte eine Konferenz der Trotzki-Gruppe am 5. April mit großer Mehrheit ein Zusammengehen mit unseren Genossen ab.

Frankreich

Die mehrmonatigen Bemühungen verschiedener links-oppositioneller Gruppen in Frankreich, zu einer Vereinigung aller linken Gruppen, die in den Grundfragen eine gemeinsame Basis haben, zu gelangen, haben jetzt zu den ersten Erfolgen geführt, die hoffentlich der Anfang einer wirklichen Einigung sind.

Am 8. und 9. April fanden in Paris die ersten Sitzungen der Vereinigungskonferenz statt. Außer unserer Fraktion in Frankreich, der „Kommunistischen Linken“, beteiligte sich die Arbeitergruppe des 15. Rayons und die ehemalige Treintgruppe, ohne Treint, der inzwischen zu den Ultralinken übergegangen ist. Die Ultralinken, die den prolet. Charakter der USSR leugnen, wurden nach einer tiefgehenden Diskussion, die von neuem den tiefen Gegensatz zwischen ihnen und uns zeigte, von der Konferenz ausgeschlossen, da eine Vereinigung mit ihnen unmöglich ist.

Die Komm. Liga, die französ. Trotzki-Gruppe, macht bisher eine Reihe vergeblicher Anstrengungen, um die links-oppositionellen Gruppen zu überreden, in die Liga einzutreten. Diese Politik hat den Erfolg, daß sich in der Liga eine Minderheit bildete, die für die Vereinigung eintritt, so daß die 40 Mitglieder in 2 Gruppen gespalten sind: 25 folgen der Mehrheit und 15 der Minderheit.

Der bisherige Verlauf der Konferenz ergab eine weitgehende politische Übereinstimmung zwischen unserer Fraktion und der Linken Opposition des 15. Rayons, so daß die Hoffnung besteht, daß der Zusammenschluß dieser beiden Gruppen erfolgen wird, vielleicht auf der Anschluß der ehemaligen Treintgruppe. Ob die Minderheit der Liga ernste Konsequenzen ziehen und sich von der Mehrheit, die die Vereinigung ablehnt, abspalten wird, scheint sehr fraglich: der weitere Verlauf der Konferenzen Ende April wird hier erst Klarheit schaffen. Wir werden über den Verlauf noch ausführlich berichten.

Ein Beitrag zur Geschichte des Stalinismus

„Die große Lähmung“ heißt die „A.-Z.“ vom 25 April einen Artikel über Deutschland, der sich zu einer Kritik an der SPD aufrafft. Die „Rote Fahne“ stürzt sich auf diesen fetten Brocken und die „A.-Z.“ zitiert, setzt sie hinzu:

„Was heute lähmt, ist das Bewußtsein, daß die Faschisten kampflös gelegt haben. Der Prestigeverlust der Partei ist so groß, daß die Partei für Millionen einfach nicht mehr existiert.“

Gemeint ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Sätze stehen in einem Artikel der „Arbeiter-Zeitung“ vom Sonntag. „Die psychologische Lage nach dem Sieg des Faschismus ist jetzt und wird noch eine geraume Zeit bestimmt sein durch die entscheidende Tatsache, daß sich die Gegner des Faschismus nicht gescheit haben, sondern kampflös das Feld räumten.“ So heißt es in demselben Artikel. Ein bemerkenswertes, ein bedeutsames Geständnis. Die SPD ist tot, sie hat sich selbst ausgegeben, nachdem sie die Arbeiter kampflös an den Faschismus ausgeliefert hat.

(Die von der „A.-Z.“ zitierten Stellen haben wir fett gesetzt. Anm. der Red.)

Verflucht ansteckend, diese Beweisführung, bemerken die Soldschreiber Stalins, denn warum soll, wird sich der kommunistische Arbeiter fragen, diese Erkenntnis nur für die SPD und nicht auch für die KPD gelten? Daher versuchen sie des langen und breiten zu beweisen, daß die „psychologische Lage“ wohl für die SPD, die kampflös das Feld räumte, aber nicht für die KPD gelte, die, wie allgemein bekannt ist, dasselbe tat.

Schnell ist die Anklage der Verleumdung gegen die „A.-Z.“ fabriziert, weil diese, allerdings nur für Deutschland angewendet, feststellt, daß „das Ignorieren der Tatsachen nur dem Feinde hilft“, und eine dieser bitteren Tatsachen ist eben, wie sie richtig bemerkt, daß der Prestigeverlust der SPD, die für Millionen nicht mehr existiert, nicht nur für diese, sondern

„das gleiche für die Kommunisten, das Zentrum, die Bayrische Volkspartei, für alle früheren Gegner der Nationalsozialisten“ gilt.

War die SPD aus innerer Fäulnis zum Kampf nicht befähigt, so die KPD nicht, weil sie sich selbst und die deutsche Arbeiterklasse theoretisch auf den Sieg des Faschismus vorbereitet hat. (Theorie vom Sozialfaschismus.)

Erinnern wir uns an 1923. Welch ein Sturm war es, der das damalige ZK in der KPD hinwegfegte, weil es zum

Aus der Internationale Oesterreich Aktion oder Deklamation? Antwort an den Genossen Frey

Auf die Aufforderung der Leitung der österreichischen Linksoption und des „Mahnruf“ an alle österreichischen kommunistischen Gruppen, einen Kampfblock zu schaffen, der ein revolutionäres Aktionszentrum im Entscheidungskampf gegen den Faschismus werden muß, hat Genosse Frey mit einem Artikel in der „Arbeiterstimme“ geantwortet.

Er wirft uns vor, daß unser Appell auch an die Rechten und an die Tomangruppe gerichtet und daher „prinzipienlos“, „schädlich“ und „verwerflich“ ist und daher von ihm grundsätzlich bekämpft werden müsse.

Zunächst zu diesem, bemerkenswerten Argument: Nehmen wir an, die kommunistischen Oppositionsgruppen in Oesterreich, deren es außer unserer Fraktion noch vier gibt, hätten nicht unseren Appell offen oder stillschweigend abgelehnt, sondern sie hätten sich als fähig erwiesen, aus den furchtbaren Lehren in Deutschland zu lernen. Sie hätten mit uns auf der Basis des von uns in unserem „Offener Brief“ skizzierten Aktionsprogrammes einen Kampfblock gebildet. Ein solcher „Block“ hätte einen unvergleichlich größeren Aktionsradius als jede der fünf isolierten Gruppen. Es wäre möglich, in Wien, in Steiermark und im Burgenland Kaders anzustellen, die in den Stunden der Entscheidung, wie sie in Deutschland in der ersten Märzwoche vorhanden waren, der führerlosen, kampfgewillten Masse den Weg weist und verhindert, daß spontane Aktionen der Arbeiter wirkungslos bleiben, weil eine zielgerichtete revolutionäre Führung fehlt. Wir fragen den Genossen Frey, wir fragen die Genossen der Freygruppe: „Ist es nicht die Pflicht von Revolutionären, wenn auch nur die geringste Aussicht auf Erfolg besteht, alles zu versuchen, um einen praktischen Schritt nach vorwärts zu unternehmen?“

Hier sich auf „ewige Prinzipien“ berufen, die jedes Zusammengehen mit anderen Richtungen angeblich verbieten, ist das nicht leerer Formalismus und Deklamation?

Aber leider begnügt sich Genosse Frey nicht mit solchen Deklamationen, sondern er hält es für möglich, den jetzigen Augenblick zu einem massiven, höchst unsachlichen Angriff auf unsere Fraktion zu benutzen. Wir wollen Frey nicht auf diesem Gebiete folgen. Wir beschränken uns nur darauf, die wesentlichsten Angriffe zurückzuweisen:

Unsere Fraktion ist, schreibt Frey, ein Teil einer „prinzipienlosen, internationalen Fraktion“. Ja, es ist wahr, wir sind brüderlich verbunden mit der kämpfenden, deutschen Linken, die unter den schwierigsten Bedingungen des faschistischen Terrors ihre revolutionäre Tätigkeit verstärkt, wir sind verbunden mit der französischen Linken (Rosmer), die sich soeben in Paris mit drei anderen Linksgruppen zu einer starken vereinigten Linken zusammenschließt, wir sind verbunden mit der tapferen, griechischen Linken, die sich um das Blatt „Spartakos“ gruppiert.

Es wäre ein Unfug, wenn wir hier nachweisen wollten, daß diese Arbeitergruppen nicht nur nicht prinzipienlos sind, sondern den fortgeschrittensten Teil der revolutionären Vorhut ihres Landes darstellen. Frey vermag nicht ein einziges Argument anzuführen, um unseren ausländischen Genossen „Prinzipienlosigkeit“ nachzuweisen. Er wiederholt uns leichtfertig die läppischen Angriffe des sogen. Intern. Sekretariats, des gleichen Sekretariats, das jede Verbindung mit Frey ablehnt, da Frey nach Ansicht des Intern. Sekretariats ein „unverbesserlicher prinzipienloser Opportunist“ ist(!) Und aus diesem Arsenal bezieht Genosse Frey seine „Deklamationen“?

Zum Schluß verspricht uns Gen. Frey, daß er nichts schalcher erstrebt, als sich mit uns zu vereinigen. Er

verlangt nur einen kleinen Preis: Den Bruch mit unseren ausländischen Genossen!! Wir sollten, nachdem wir zehn Jahre lang erfolgreich daran gearbeitet haben, die nationale Isoliertheit zu überwinden und uns mit den gleichgerichteten revolutionären Kräften in der Komintern zu verbinden, wieder zurück ins nationale Schneckenhaus kriechen, wo unser als Lohn eine Einigung mit dem Gen. Frey harri! Nein, Genosse Frey, das wäre wirklich „prinzipienlos“, dazu sind wir nicht zu haben.

Wie Prinzipien sich dialektisch unter veränderten Bedingungen in ihr Gegenteil verwandeln können, das zeigt sich deutlich in der Frage der Einheitsfronttaktik. Heute z. B. von der Einheitsfronttaktik in Deutschland zu sprechen, nachdem die Führung der SPD offen versucht, zu Hitler überzugehen, das ist dasselbe, als wenn die Linken um Luxemburg, Liebknecht und Mehring am 5. August 1914 der SPD die Einheitsfront angeboten hätten.

Aber diesen historischen Wechsel begreift Gen. Frey nicht, begreift er nicht, obwohl ihm bereits zwei Monate Zeit und mehrere Nummern unseres Blattes zur Verfügung stehen, um sich zu revidieren. Noch in seiner letzten Nummer (April Nr. 125) führt Frey den Kampf für die proletarische Einheitsfront in Deutschland, ohne überhaupt zu sehen, daß diese bereits seit mehr als einem Monat sinnlos geworden ist.*

Wenn Frey dieses Festhalten als „Prinzipientreue“ verteidigt, dann verläßt er damit völlig den Boden des Marxismus. Wir sehen hier an einem sehr ersten Beispiel, wie wertlos es ist, über „Prinzipien“ zu reden; Prinzipien sind nicht Orden, die man sich an die Brust heftet, sondern die revolutionären Gesetze, von denen die Politik in allen Veränderungen der Situationen geleitet wird.

Die österreichische Situation stellt die Frage von Kampfgruppen gebietsweise auf die Tagesordnung; wenn man uns einen besseren Weg zeigen kann, als jenen, den wir vorschlagen, wir sind gerne bereit uns überzeugen zu lassen. Aber wenn man uns im Namen von „Prinzipien“ zur praktischen Untätigkeit verurteilen will, dann sagen wir: „Nein, Genosse Frey, das wäre wirklich „prinzipienlos“, dazu sind wir nicht zu haben.“

*) Endlich in der Nr. 126 ist ganz unvermittelt eine Wendung um 180 Grade eingetreten. Daß es nicht eine marxistische Einschätzung der Lage, sondern die fraktionelle Umorientierung zum Standpunkt der Linken ist, nachdem Frey, nun auch der Standpunkt Trotzki in der Einheitsfrontfrage vorliegt, ist mehr als auffallend. Dieselbe Wendung macht Frey wie aus der Pistole geschossen auch in der Frage „Fraktion der KPD oder neue Partei“. Nicht kritisches Untersuchung der neuen Verhältnisse bestimmen seine Meinung, sondern naive Hast, ja mit Trotzki auf einer Linie zu stehen. So pflegen sich auch unsere kleinen Bürokraten in der KPD neu zu orientieren. Frey möge an die Ekki-resolution über den 15. Juli denken!

Deutschland

Trotz der außerordentlichen Schwierigkeiten, der Verfolgung einiger führender Genossen, die sich verborgen halten müssen, haben die Linken in Deutschland ihre Arbeit in der Illegalität verstärkt. Ihr illegales Blatt in Berlin erscheint jetzt 14tägig und wird ab 1. Mai wöchentlich erscheinen. Die Sitzungen aller Körperschaften der Fraktion, von der Arbeitsgruppe bis zur RL, finden regelmäßig statt. Um der Fraktion die Möglichkeit zu geben, ihre internationale Arbeit fortzusetzen, ein legales Blatt herauszubringen und alle not-

revolutionären Aufstand nicht fähig war. Um wieviel größer muß die Ohnmacht und Zersetzung der revolutionären Partei jetzt gewesen sein, wenn sie widerstandslos vom Faschismus in den Abgrund geschleudert wird. Eine der schärfsten Waffen in den Anklage des revolutionären Marxismus gegen die Zentristen der II. Internationale nach dem 4. August 1914 war die Beschuldigung der kampflosen Kapitulation vor dem Imperialismus. Die Soldschreiber der „R. F.“ bemerkten gar nicht, daß sie mit ihrer Methode, das Versagen der KPD und die Zersetzung der deutschen Arbeiterklasse unter dem Regime der siegreichen Konterrevolution in das Gegenteil verkehren zu wollen, selbst unter das Niveau der „Arbeiter-Zeitung“ und des Kautsky von 1914 bis 1917 sinken.

Den Farbenverdreher in der „R. F.“ sei gesagt: Wenn heute die SP-Arbeiter über den 20. Juli diskutieren, so großen sie erbittert dem Verhalten ihrer Führer, aber nicht minder erbittert der Politik der KPD vom roten Volkentscheid bis zur Lösung Generalstreik am 20. Juli, die selbst von keinem Einzigen der 6 Millionen kommunistischen Wählern beachtet wurde; denn am 20. Juli war die KPD bereits ideologisch und organisatorisch so entwafnet und zersetzt

durch die verbrecherische Politik der Stalin-Bürokratie, daß diese Lösung kein Arbeiter mehr ernst nahm.

Wir sind weit entfernt davon, Bekenntnisse der „Arbeiter-Zeitung“ ernst zu nehmen, aber gemessen an den jedem Revolutionär die Schamröte ins Gesicht treibenden Ausflüchten, warum die KPD dem Kampf auswich (EKKI-Beschluß über die Lage in Deutschland), haben sich diese Worte der „Arbeiter-Zeitung“ wohlthuend ab:

„Daß die deutsche Sozialdemokratie sich nicht jedesmal geschlagen hat, wann es dem Gegner beliebte, das hat nichts zu sagen, das hat ihr nicht geschadet. Aber daß sie sich gar nicht geschlagen hat, daß sie gar keine Position wirklich verteidigte, sondern immer nur zurückwich, daß sie auch die letzte Chance, den 20. Juli, versäumte — das ist der Grund, daß heute der Nationalsozialismus über ein gelähmtes Arbeiter-Deutschland herrschen kann. Vielleicht hätte er jeden Widerstand niedergeschlagen. Vielleicht. Die Sammlung nach der Kapitulation ist unendlich schwerer als nach der Niederlage in offener Schlacht. Wenn diese heute, weiß Gott, nicht mehr schwer zu gewinnende Erkenntnis Gemeingut der Partei wird, dann

hat sie einen Schritt vorwärts getan.“

So wie die Erkenntnis über die Ursachen des 4. August 1914 niemals Gemeingut der II. Internationale werden konnte und in der III. Internationale ihren Niederschlag fand, so werden die Erkenntnisse über den 20. Juli bei der, von der linken Hand Hitlers leckenden und von der rechten Hand Hiebe empfangenden deutschen Sozialdemokratie niemals Gemeingut werden.

Das Erbe der deutschen Sozialdemokratie wird die aus den Trümmern der alten, vom Stalinismus zersetzten, neu aufzubauende KPD übernehmen.

Denn, das Sich-nicht-provozieren-lassen und die ständig Position um Position kampflös ausgehende Politik, macht eben das Wesen aller sozialdemokratischen Parteien aus. Die an die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie gewöhnte Bürokratie läßt sich solange nicht provozieren, bis mit der stillen Hoffnung, doch noch Gnade bei der Bourgeoisie zu finden (Danneberg nennt es Verständigung), alles verloren ist, da alle Positionen dem Feinde kampflos übergeben sind, bis es nichts mehr gibt, als noch die Pfänder zu verteidigen. Und diese versuchen sie zu guter Letzt zu retten, indem sie, wie jetzt in Deutschland, in Scharen zum Feind überlaufen.

Gründung einer neuen Partei oder Neuaufbau der KPD?

Zur internationalen Diskussion der deutschen Lehren

Die deutsche Katastrophe hat eine tiefgehende internationale Diskussion eröffnet, die einstweilen noch zersplittert verläuft, weil noch keine Möglichkeit besteht, alle Probleme, die der deutsche Zusammenbruch aufwirft, zu übersehen. Genosse Trotzki hat auf die deutschen Ereignisse mit einer Reihe von Artikeln und Briefen geantwortet, in denen er die Notwendigkeit der Gründung einer neuen Partei in Deutschland proklamiert. Die deutschen Anhänger Trotzki haben auf einer Konferenz am 12. März mit 24:1 Stimme diese Auffassung abgelehnt: doch beginnt bei ihnen jetzt eine Umstellung im Sinne Trotzki's.

Im wesentlichen beschränkte sich die Argumentation des Gen. Trotzki auf folgende 2 Punkte:

I. Vom bürokratischen Zentrismus ist nichts mehr zu erhoffen. (In einem Artikel „Der Zusammenbruch der KPD und die Aufgaben der Opposition“ schreibt Trotzki: „Wenn selbst ein Ereignis von einer so ungeheuren Tragweite, wie diese katastrophale Niederlage nicht instando ist, die Politik der KPD zu korrigieren, so ist dies endgültiger Beweis, daß vom bürokratischen Zentrismus absolut nichts mehr zu erhoffen ist. Daraus folgt die Notwendigkeit einer neuen Partei.“)

Wenden wir uns zunächst diesem Ausgangspunkt der Trotzki'schen Beweisführung zu. Sie zeigt den organischen Zusammenhang des gegenwärtigen Fehlers Trotzki's mit dem grundlegenden Fehler in der vorausgegangenen Etappe. Jammals, insbesondere in seiner Schrift „Was nun?“ (1932) hielt er eine proletarische Revolution in Deutschland selbst unter zentralistischer Führung für möglich. Wir haben diesen Standpunkt damals scharf bekämpft und klar und eindeutig erklärt, daß der Zentrismus ein politisches System darstellt, das dem revolutionären Marxismus feindlich gegenübersteht. Unsere „Internationale Deklaration“ vom Mai 1932 stellte eindeutig folgende Aufgabe:

„Die linke Opposition erblickt ihre Aufgabe von allem darin, mit allen zweckdienlichen Mitteln die zentralistische Fraktion in der Komintern niederzuringen; denn die Herrschaft des Zentrismus ist die Garantie für den Zusammenbruch der Komintern.“

Voller Illusionen über die Wandlungsfähigkeit des Zentrismus unter dem Druck der objektiven Lage und unter dem Feuer der Kritik der Linken, ist Gen. Trotzki den Entscheidungen in Deutschland entgegengegangen.

Die Wirklichkeit hat diese Illusionen grausam enttäuscht und so fällt Gen. Trotzki jetzt ins andere Extrem und fordert die „neue Partei“, weil — nun weil vom Zentrismus nichts mehr zu hoffen ist! Als ob nach den Erfahrungen in Rußland, China und England der Marxismus auf eine „Wandlung“ des Zentrismus rechnen dürfte.

Das erste Argument also, das Trotzki ins Treffen führt, sein Ausgangspunkt, ist falsch. Gehen wir nun zu den anderen Argumenten über.

II. Die KPD kann als eine illegale Organisation nicht bestehen. Nach einer kurzen Periode der Illegalität wird die illegale KPD verschwinden, weil

sie unter den neuen Bedingungen bei Fortsetzung ihrer Politik und ihres inneren Regimes dem Tod geweiht ist. Sich an die alte Partei klammern, d. h. sich an einen Sarg klammern, um mitzubegraben zu werden. Das ist der zweite, zentrale Punkt des Trotzki'schen Vorschlages.

Der Beweis dafür soll Italien sein. In Italien ist in den letzten fünf Jahren jede revolutionäre Organisation fast völlig vernichtet worden. Das gilt auch von den revolutionärsten Teilen der italienischen Partei, sowie es auch in der Herrschaft der russischen Konterrevolution Zeiten gab, wo die Aktivität der Revolutionäre auf ein Minimum herabgedrückt werden konnte.

Dagegen besteht im Polen Pilsudskys und im Ungarn Horthys die kommunistische, illegale Organisation, in Polen als eine relativ starke Kraft, in Ungarn als eine kleine, mit dem Finkele Bela-Kunsscher Methoden gezeichnete Organisation in ständigen Krisenzustand.

Ob in Deutschland die illegale KPD, nachdem die Politik des Zentrismus einmal der Konterrevolution einen leichten Sieg ermöglicht hat, zeitweilig nur in der Emigration existieren wird oder ob sie sich in den Industriezentren wird halten können, das wird nicht allein von ihrer Politik abhängen. Die polnischen Statisten sind vielleicht heute relativ stärker als es die russischen Bolschewiki zwischen 1907—1912 waren.

Für uns entscheidend ist, daß in der gegenwärtigen Etappe die KPD als illegale Partei besteht, daß ihr in die Illegalität tausende ergebene Arbeiter gefolgt sind, darunter viele hunderte, die die Niederlage sehen, zum Teil auch ihre Gründe, und die festentschlossen sind zu lernen. Wollen sie aber eine neue Partei aufbauen? Nein, das wollen sie nicht, sondern sie wollen ihre Partei neu aufbauen, auf marxistischer Grundlage, mit einer wirklichen Arbeiterdemokratie.

Diese Organisationstreue ist zu einem Teile vielleicht nur Beharrungsvermögen, eine gewisse Rückständigkeit. Aber es ist nicht nur das. Der revolutionäre Arbeiter in Deutschland sieht in der KPD nicht nur die bankrotte Führung, er sieht in ihr den Kanal, der ihn mit der II. Internationale, mit dem roten Moskau, mit den Traditionen der Oktoberrevolution verbindet. Mit der KPD heute zu brechen, heißt für ihn mit Moskau brechen. Die KPD endgültig verloren geben, heißt für ihn Moskau verloren geben.

Eine neue Partei in Deutschland propagieren — aufbauen kann man sich nicht, es sei denn, man schießt sich der SAP an — das bedeutet sich von revolutionären Proletariat lösen, das heute noch, geschwächt, ausmüde, aber nicht hoffnungslos, verzweifelt, bei der KPD steht.

Bedeutet das, daß wir den alten oppositionellen Kurs fortsetzen müssen, wie es die deutschen Trotzkiisten auf ihrer Konferenz vom 12. März beschlossen haben?

Nein, zwischen dem oppositionellen, innerparteilichen Kurs, wie wir ihn bis zum 28. Februar einschlugen, und

der neuen Partei, die Trotzki proklamiert, liegt die stärkere Verselbständigung des linken Flügels der Partei, der seit Anfang März bereits die Parteifunktionäre, die mit ihm sympathisieren, zur Ablehnung der ZK-Direktiven veranlaßt hat, wobei er sich auf die konkreten Direktiven des ZK stützen konnte, deren anarchischen Charakter die Parteifunktionäre selbst erkannten. Es ist möglich, daß der linke Flügel der Partei, je mehr er erstarbt, je mehr er die proletarischen Kadres der illegalen Partei erfährt, je weniger es möglich ist, die zentralistische Fraktion demokratisch zu vertreiben, zur zweiten Partei wird, nicht jetzt, sondern in der aufsteigenden Welle des Klassenkampfes in Deutschland. Eine neue Partei heute bereits in Deutschland zu proklamieren — das bedeutet die ringenden und suchenden Parteigenossen zurückzustößen, ihnen den Weg der Weiterentwicklung in der Partei abzusperren. Denn die revolutionären Arbeiter der KPD glauben nicht, daß ihre Partei endgültig verloren ist, sie glauben nicht, daß es unmöglich ist, die geschlagene Partei neu und besser aufzubauen. Und solange dieser Glaube an die Zukunft der Partei noch besteht, besteht auch die KPD, besteht die Notwendigkeit, für diese Zukunft zu arbeiten.

Eine neue Partei baut man nicht allein auf revolutionäre Prinzipien auf, sondern ebenso auf revolutionäre Kadres. Ohne letztere ist eine neue Partei nicht möglich. Die Linke hat erst Kadres in der Kleinform entwickelt. Sie muß erst darum kämpfen, daß die Kadres der Partei die Lehren aus der Niederlage ziehen.

Gen. Trotzki sieht nicht, daß die KPD nicht mit dem Stalinischen Fond allein gespeist wird, sondern daß sie selbst ohne diesen Fond eine historische Basis als Sektion der 3. Internationale, der internationalen Erbin der Oktoberrevolution, besitzt. Voller Hoffnung und Sehnsucht blickt das gemarterte deutsche Proletariat nach den Sowjets und hofft, daß der Untergang der Sowjetrepublik ihr Gewicht in die Waagschale des internationalen Klassenkampfes legen wird.

Solange die Sowjetfahnen über dem Kramel wehen; wird die KPD nicht völlig untergehen, selbst wenn eine zweite kommunistische Partei entstanden ist; an dem Tage aber, wo die Fahnen der Oktoberrevolution den kraftlosen Händen des Zentrismus von der Konterrevolution entrissen werden, mit diesem Tage beginnt der Abfall der revolutionären Arbeiter von der KPD, denn die Arbeiter; die gestern, heute und morgen Heckerl, Pöck usw. folgen; sie folgen in Wirklichkeit nur den schlechten Dolmetschern der russischen Revolution.

Indem die Linke die proletarischen Kadres erfährt; verändert sie erst ihr Bewußtsein, lehrt sie sie verstehen; daß gerade die Rettung Moskau vor dem deutschen Faschismus in einer starken, selbständigen revolutionären Aktionspartei in Deutschland liegt.

Wir werden in der nächsten Nummer unseres Blattes noch eingehender auf diese Fragen zurückkommen.

Der revolutionäre Marxismus und der EKKI-Beschluß über die Lage in Deutschland

Thesen der deutschen Linken

Der Sieg des Faschismus und die Strategie und Taktik der KPD bis zur Katastrophe.

1) Das Präsidium des EKKI hat am 1. April 1933 zur Lage in Deutschland Stellung genommen und eine Resolution angenommen, die zu folgenden Ergebnissen kommt.

a) Verantwortlich für die Niederlage ist allein die SPD, weil sie seit 1918 nicht den Kurs auf die proletarische Diktatur einschlug. („Die deutsche Sozialdemokratie, die die Mehrheit des Proletariats in der Novemberrevolution von 1918 hinter sich hatte, spaltete die Arbeiterklasse und hat, statt die Revolution zur Diktatur des Proletariats und zum Sozialismus vorwärts zu treiben ... die tiefe Spaltung der Arbeiterklasse Deutschlands eingeleitet.“)

b) Auch die reformistischen Arbeiter sind mit verantwortlich. Die Theorie vom

Sozialfaschismus war richtig. („... die sozialdemokratischen Arbeiter, hinter denen die Mehrheit der Arbeiterklasse Deutschlands steht, haben ... jedesmal in ihrer großen Masse die Einheitsfront mit den Kommunisten abgelehnt und so den Kampf der Arbeiterklasse gesprengt. Die Kommunisten hatten recht, als sie die Sozialdemokraten als Sozialfaschisten erklärten.“)

c) Die KPD durfte beim Hitler-Umsturz nicht kämpfen. („Die charakteristische Besonderheit der Situation im Moment des Hitler-Umsturzes besteht darin, daß diese Voraussetzungen für den siegreichen Aufstand zu jener Zeit noch nicht ausreichen vermocht hatten, sie waren lediglich im Keimzustand vorhanden. Was die Avantgarde des Proletariats, die Komm. Partei, betrifft, so konnte sie, da sie nicht ins Abenteuergetriebe verfallen

wollte, diesen mangelnden Faktor natürlich nicht durch ihre Handlungen ersetzen.“)

d) Der kampflose Rückzug der KPD von dem Faschismus war unvermeidlich. („Das sind die Umstände, die den Rückzug der Arbeiterklasse und dem Sieg der Partei der konterrevolutionären Faschisten in Deutschland bestimmt haben.“)

e) Der Faschismus zerschlägt alle demokratischen Illusionen der Arbeiter. Sie (die faschistische Diktatur) zerschlägt die sozialdemokratischen Theorien von der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie ... und macht alle demokratischen Illusionen zu nichts.“)

f) Der Faschismus führt zwangsläufig zu einer Wirtschaftskatastrophe. („Es zeigt sich

klar, daß Hitler Deutschland einer Wirtschaftskatastrophe entgegenführt, die sich immer unvermeidlicher gestaltet.“)

g) Die proletarische Revolution ist in unmittelbarem Anmarsch. („Die augenblickliche Stille nach dem Siege des Faschismus ist nur eine vorübergehende Erscheinung. Der revolutionäre Aufschwung in Deutschland wird trotz des faschistischen Terrors unvermeidlich ansteigen ... Die Errichtung der offenen faschistischen Diktatur ... beschleunigt das Tempo der Entwicklung Deutschlands zur proletarischen Revolution.“)

2) Wären die Tatsachen, von denen diese Resolution ausgeht, richtig, so müßten alle ersten, selbständig denkenden Kommunisten den Schluß ziehen, daß die Kommunisten die deutsche Revolution verraten hat. Denn freiwillig kämpflos vor dem Faschismus zurückweichen, mit dem Hinweis darauf, daß der siegreiche proletarische Aufstand noch nicht möglich ist, das ist die Politik des Reformismus, maskiert mit scheinrevolutionären Phrasen. Hätte die KPD wirklich freiwillig dem Faschismus den Platz geräumt, wie es faktisch die SPD getan hat, dann wäre sie selbst zu einer konterrevolutionären Kraft geworden, mit der jeder Kommunist unverzüglich brechen mußte.

In Wirklichkeit hat die KPD dem Faschismus nicht freiwillig das Feld geräumt. Sie hat versucht, die Massen zum Kampf zu bewegen. Aber ihre gesamte Politik in der der Katastrophe unmittelbar vorausgegangenen Periode, das ist seit dem Sturz der Müller-Regierung (März 1930) hat ihre eigenen Kräfte demart zersetzt, die Kraft der revolutionären Arbeiterklasse in einem solchen Maße gelähmt, daß der Appell der KPD zum Kampfe in allen entscheidenden Augenblicken (30. Juli 1932, 30. Januar 1933, 28. Februar und 6. März 1933) wirkungslos verhallte.

Um davon abzuleukeln, daß seine Politik die Partei kampfunfähig gemacht hat, hat das Ekki und das ZK der KPD die konterrevolutionäre Theorie von der Notwendigkeit des Rückzuges aufgestellt.

3) Angesichts der Partei, die unter ungeheuren Opfern ihre Arbeit fortsetzt und durch die konterrevolutionäre Theorie der Notwendigkeit des kampfflosen Rückzuges daran verhindert werden soll, die Lehren aus der furchtbaren Niederlage zu ziehen, erklärt der linke Flügel der Partei:

a) Verantwortlich für die Katastrophe, die sich im Februar sichtbar vorbereitete, ist nicht nur die SPD, sondern auch die Führung der KPD und der Kommintern. Eben weil die SPD seit 1914 keine revolutionäre Arbeiterpartei, sondern nur mehr eine bürgerliche durch und durch korruptierte Arbeiterpartei war, gründete die Linke (Rosa und Karl) den Spartakusbund, die KPD. In den 13 Jahren ihres Bestandes war die KPD, in den entscheidenden Industriezentren so erstarkt, waudten sich so entscheidende Teile des Proletariats ihr zu (Wahlerfolge), daß objektiv für sie alle Voraussetzungen vorhanden waren, um erfolgreich den Reformismus in der deutschen Arbeiterklasse niederzukämpfen. Die alleinige Verantwortung für die Katastrophe im März der SPD zuzuschreiben, bedeutet die Rolle der KPD als einer selbstständigen Partei zu leugnen und sie als eine radikale Opposition der SPD zu erklären.

b) Die SPD-Arbeiter sind nicht verantwortlich für die Politik des Reformismus. Die Tatsache, daß nicht nur die Massen der SPD, sondern auch der KPD in allen entscheidenden Etappen (Umsturz, Staatstreich 1932, Streiks) nicht den Kampfparolen der KPD, sondern den Kapitulationsparolen der SPD folgten, spricht der Politik, die das ZK und das Ekki einschlugen, das Todesurteil.

c) Die Partei durfte, wenn sie ihren Charakter als revolutionäre Partei wahren wollte, unter keinen Umständen freiwillig dem Faschisten das Feld räumen. Ob der Massenkampf gegen den Faschismus unmittelbar in den bevorstehenden Aufstand des Proletariats übergeht oder ob sich in einer längeren Periode des Bürgerkriegs zunächst ein Regime der Doppelherrschaft herausbildet, das kann einzig und allein im Kampf und durch den Kampf entschieden werden. Eine Überprüfung der Kräfteverhältnisse kann stets nur im offenen Kampfe erfolgen.

Der Juli-Rückzug der Bolschewiki 1917 war nicht ein kampffloser Rückzug, sondern der Verzicht darauf, im damaligen Zeitpunkt den spontanen Massenkampf direkt in den Aufstand überzuführen.

d) Der kampfflose Rückzug der KPD war also nicht „unvermeidlich“. Der Sieg des Faschismus war nicht unabwendbar, sondern im Gegenteil erst die Kampfunfähigkeit der KPD hat zur Panik im revolutionären Proletariat und zum durchschlagenden Sieg des Faschismus geführt.

e) Die Hoffnung darauf, daß der konterrevolutionäre Faschismus jene historische Aufgabe erfüllen wird, die einzig und allein dem revolutionären Marxismus zukommt, nämlich die bürgerlichen Vorurteile der Arbeiter, ihre demokratischen Illusionen zu vernichten, ist eine kleinbürgerlich-reaktionäre Utopie. Gerade die völlige Vernichtung selbst der primitivsten Rechte der Arbeiterklasse unter der faschistischen Diktatur schafft günstige, objektive Voraussetzungen für eine Idealisierung der Demokratie innerhalb der Arbeiterklasse. Einzig und allein die Wirksamkeit des revolutionären Marxismus innerhalb der Arbeiterbewegung vermag eine Renaissance der demokratischen Illusionen und damit der SP zu verhindern.

f) Die Hoffnung darauf, daß der Faschismus das kapitalistische System in Deutschland zwangslos in eine Wirtschaftskatastrophe hineinführt und damit unmittelbar der konterrevolutionären Krise den Weg öffnet, hat nichts mit Marxismus gemeinsam. Die Erfahrungen mit dem italienischen Faschismus; mit dem Pilsudski-Regime in Polen und dem Horthy-Regime in Ungarn; zeigen, daß sich die faschistische Diktatur auf dem Boden

der allgemeinen ökonomischen und sozialen Fäulnis im kapitalistischen System Jahre halten kann, wenn innerhalb der Arbeiterklasse die revolutionäre Kraft fehlt, die die zersprengten proletarischen Massen wieder sammelt, die Führung der Arbeiterklasse innerhalb der Volksmassen fest begründet und so fähig ist, die faschistische Diktatur im offenen Massenkampf zu brechen.

g) Die proletarische Revolution ist nicht unmittelbar in Deutschland im Anmarsch, der proletarische Aufschwung wächst nicht unvermeidbar weiter. Im Gegenteil! Die revolutionäre Krise, die im Winter 1932-33 unmittelbar bevorsteht und deren wesentliche Merkmale die Rückflut der faschistischen Welle (Novemberwahlen), der offene Durchbruch aller Gegensätze im Lager der Konterrevolution im Januar 1933 (Krise und Sturz der Schleicherregierung) und der Aufschwung der proletarischen Sympathien für die KPD waren, hat mit einem Sieg des Faschismus geadelt, das das Proletariat, verraten von der Sozialdemokratie und gelähmt durch die Strategie und Taktik der KPD-Führung, sich kampfflos von der politischen Tribüne zurückzog. Diese Umstände der Niederlage haben zu einer tiefgehenden Zersetzung im Proletariat geführt, die erst überwunden werden kann, wenn zumindest die Avantgarde die Lehren aus dieser Niederlage zieht.

4) Die Partei und mit ihr die Arbeiterklasse wurde nicht geschlagen, weil das ZK der KPD und das Ekki offenen Verzicht geübt haben, indem sie bewußt den Kurs auf freiwilligen Rückzug einschlugen, sondern weil ihre Politik die Partei und die Arbeiterklasse unfähig gemacht hat, den Einfluß der Sozialdemokratie in den ausschlaggebenden Teilen der Arbeiterbewegung zu brechen. Indem die Parteiführung das besondere Wesen des Faschismus völlig verkannte und ihn mit der Sozialdemokratie in einen Topf warf (Sozialfaschismus), indem sie die verschiedenen diktatorischen Übergangsformen zwischen dem parlamentarischen Regime und der offenen faschistischen Diktatur seit 1930 als Aufrichtung der faschistischen Diktatur bezeichnete, entwarfete sie die Partei und machte sie unfähig, sich auf den drohenden faschistischen Umsturz politisch und militärisch vorzubereiten.

Indem die Parteiführung darauf verzichtete, die Einheitfronttaktik von unten und oben auf der Basis eines proletarischen Verteidigungsprogrammes mit der SPD und dem ADGB zu organisieren, nahm sie den reformistischen Arbeitern die Möglichkeit, sich im gemeinsamen Kampf durch eigene Erfahrungen vom reaktionären Charakter des Reformismus zu überzeugen und zum Kommunismus überzugehen. Dies gilt vor allem in der Gewerkschaftsfrage. Das ZK überließ die Hebel des Massenstreiks, die Gewerkschaften, freiwillig den Reformisten, indem sie seit 1930 den Kurs auf eigene rote Gewerkschaften einschlug. Durch die Politik der nationalen Phrase hat die Parteiführung Teile des Proletariats für den Übergang zum Faschismus vorbereitet.

Durch das innere Regime in der Partei, die Vernichtung der inneren Demokratie und die Einführung des bürokratischen Kadavergehossens und der Unfehlbarkeitstheorie für die Führung, hat das ZK die Partei geistig erstickt, das Anstreifen selbständiger revolutionärer Kaders verhindert und dadurch die Partei völlig enttaunt.

Der furchtbare Zusammenbruch, zu dem diese Politik führen mußte und geführt hat, zeigt ausnehmend den reaktionären Charakter der in der Partei herrschenden, für die Niederlage völlig verantwortlichen Fraktion.

Die Solidarität mit den Führern der Partei, gegenüber dem Klassenfeind kann die Linke in der Partei nicht einen Augenblick daran hindern, angesichts der Partei offen zu erklären: Die politisch herrschende, mit administrativer Gewalt in der Partei regierende Fraktion hat weder politisch, noch in den Methoden ihres inneren Regimes etwas mit dem revolutionären Marxismus gemein. Sie repräsentiert eine kleinbürgerliche, scheinrevolutionäre, in ihren Werten radikale, in Taten ohnmächtige politische Strömung, die in vieler Beziehung an die USPD (USPD = Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands) von 1919 erinnert.

Die Liquidierung dieser politischen Fraktion, des Zentrismus ist die Voraussetzung dafür, daß sich die geschlagene Partei von neuem erheben wird. Unter der zentralistischen Führung ist die Partei ebenso unfähig, ihre historische Rolle zu erfüllen, wie unter der Führung der Rechten. Das haben die gegenwärtigen Erfahrungen und jene von 1923 bewiesen.

Graz Die Grazer Arbeiterschaft demonstriert!!

In der ersten Aprilwoche kam es zu spontanen Demonstrationen in Graz und Umgebung. Die Arbeiterschaft demonstrierte gegen die Auflösung des Schutzbundes, gegen die Notverordnungs-diktatur, gegen die Entwaffnungsaktionen. In Gruppen ziehen die Arbeiter durch die Straßen und Bezirke. SP-, KP-Genossen, sowie die Linken waren am Platze. Die Ochssteige waren besetzt vom revolutionären Proletariat und die Kampfparolen fanden entsprechenden Ausdruck. In den Arbeiterbezirken waren die Demonstrationen von besonderer Wucht. Die Polizeidirektion hat ihren ganzen Mannschaftsstand eingesetzt. Wo immer die Polizei mit ihrem Mannschaftsauto erschien, wurde sie stürmisch empfangen und nahm die Demonstration in einem anderen Straßenzug oder Stadtteil ihren Fortgang. Am Donnerstag, den 5. April, hatten die Kundgebungen ihren Höhepunkt erreicht.

Die Polizei zu Fuß und zu Pferde ging mit größter Schärfe vor und ging mit dem Gummirollwagen gegen die Proletariat vor, die Berittene ritt Attacke. Die Polizei hat dabei zirka 40 Verhaftungen vorgenommen, sie packte einen jeden Arbeiter, der sich nicht ausweisen konnte, verhörte ihn was er machte, wo er gewesen sei, wieso

er jetzt so spät noch auf der Straße sei. Viele kamen vor den Schnellrichter und erhielten 14, 8, 5 und 3 Tage Polizeiarrest.

Genossen, so weit sind wir mit der Demokratie gekommen, daß man sogar durch „Notverordnung“ das Bummeln unter schwere Strafen stellt. Das sind die Folgen, für die von Euren Führern geforderte „Ruhe“, „Disziplin“, „Besonnenheit“, „Duldbarkeit“, die Euch in der letzten Stunde wieder trösten auf Ruhe und Besonnenheit, ihr werdet solange warten, bis keine Zeit mehr gegeben ist, uns zu besinnen und der Faschismus uns niederschlägt.

Genossen, mit diesen Demonstrationen ändern wir nichts, wir müssen zur wirklichen Abwehr schreiten.

Der 1. Mai in Graz und Eggenberg

Am Sonntag, den 30. April hatte der Arbeiter-Turn- und Sport-Verein in Graz im Kammer-Stadion ein Turn- und Sportfest. Tausende Arbeiter und Arbeiterinnen, Jung und alt, waren gekommen. Ein Sturm der Begeisterung empfing die Sportler in „Zivil“ bei ihrem Einmarsch im Oval. Rückl referierte und als er über die Verteidigung der „Demokratie“ sprach, behinderte ihn der Regierungsvertreter am Sprechen.

Eggenberg war von Gendarmerie besetzt, die auf allen Straßen und Kreuzungen patrouillierte und mehrere Genossen wegen „Freiheit“-Rufen verhaftete.

Am 1. Mai wurde in der Industriehalle gefeiert, durch die Annengasse, Murgasse, Herrngasse, Jakominiassse „paradiert“ ein Strom von Menschen, links und rechts auf den Gehwegen, unter fortwährenden „Freiheit“-Rufen. An 15.000 Proleten füllten die Halle und den Messepark. Es zeigte sich bei der Arbeiterschaft eine Kampfstimmung, die jedoch von den Führern in unfruchtbar Spaziergängen verbrochen wird und praktisch vor dem Faschismus kapituliert. In diesem Geiste war auch das Referat Eislers. Die Sorgen der SP-Führer richteten sich nur auf die Erhaltung des Apparats, der Pfanden, daher ihr Appell, nur der SP treu bleiben. Es gab keinen Protest gegen das Aufmarschverbot am 1. Mai und kein Wort über den praktischen Kampf gegen den Faschismus. Nach Absingen der „Internationale“ und des Liedes „Die Arbeit hoch“ zogen die Massen gegen die Stadt unter fortwährenden „Freiheit“-Rufen, besonders vor dem Landesgericht, in dem sich viele SP-Arbeiter in Haft befinden. Graz gleich am Montag einem Heerlager. Polizei mit Stahlhelm, Gewehr und Bajonett auf, haben die Straßenzüge in die Stadt abgeriegelt. Das Bundesheer mit Maschinengewehren sperre die Straßen ab. Die Arbeiterschaft von Graz ließ sich nicht einschüchtern und demonstrierte zu tausenden. Naziprozokationen wurden energisch zurückgewiesen. Man sah den Kampfwillen der Arbeiterschaft von Graz, aber auch die Kapitalistensbereitschaft der SP-Führer, die nur danach streben, sich in die Erde zu verkrühen und die Arbeiterschaft dem Faschismus auszuliefern.

Die Maidkundgebung der Kommunistischen Partei am Landplatz war von Anfang an ein Abenteuer, das zu nichts anderem führen konnte, als zur Verhaftung vieler Genossen. Der Platz der Kommunisten war bei der großen Masse, und diese war in der Industriehalle. Wenn diesmal die Grazer Stallisten das getan hätten, was das ZK in Wien tat, nämlich die revolutionären Parolen propagierend mit den SP-Arbeitern zu marschieren, hätten sie besser getan.

Mittergarden stürmen Murfeld

Vor noch nicht so langer Zeit beschäftigten wir uns im Mahnruf zum Artikel: „Murfeld und sein Bürgermeister“ und diesmal müssen wir über einen handlungsartigen Überfall der Hitlerianer auf die Murfelder-Bewohner berichten: Am 2. April hatten die Nazi in Graz am Opernring einen Bummel. Am späteren Nachmittag zogen die Murfelder-Nazi heim und wurden in der Nähe vom Obdachlosenasy-Hüttenbrennergasse von den Arbeitern und Kommunisten zärtlich empfangen, weil sie eine schwangere Parteigenossin den Kommunisten vor kurzem um Mitternacht mißhandelt. Diese feige Tat sollten sie bereuen. Darauf alarmierten sie Verstärkung aus Graz und in Autos und Motorrädern rückten diese Soldknechte des Kapitals an. Ihr Sturm, der sich zuerst auf spielende Kinder und Wehrlose richtete, artete in eine regelrechte Schießerei aus und sie wurden von den Murfelder Arbeitern und Kommunisten verdrängt. Ein Arbeiter, Familienvater von einigen Kindern, erhielt von einem Faschisten bei der Notnahme ihrer Fahrzeugnummern einen lächenden Langenstich vom rückwärts.

H. Erhard, der sattsame Bürgermeister zum Schutze der Bewohner der Murfeldersiedlung bei Graz, ist nicht interessiert. Kein Wunder, denn man mußte in Erfahrung bringen, daß Erhard mit der Nationalsozialistischen Hitlerbewegung sympathisiert, deren prinzipielle Einstellung die Niederschlagung der Arbeiterschaft und die Austrottung ihrer marxistisch-leninistischen Ideen ist.

Bewohner und Arbeiter der Murfeldersiedlung! Weg mit eurem Bürgermeister, von dem ihr nichts, oder sehr schwer etwas erreichen könnt, und der euch von den Horden der braunen Mordbestien überfallen läßt.

Auskünfte

Über alle die Arbeiterschaft betreffenden Fragen, Rechtsauskünfte für Arbeitslose (Schreiben von Genossen usw.), Entgegennahme von Arbeiterkorrespondenzen, Beratung in gewerkschaftlichen Fragen finden statt an Wochenenden von 4 bis 6 Uhr nachmittags im Sekretariat, Sigmundsdorf 1 im Hofe (Spezialsaal). Einzelnungen von Abonnements und Mitgliedsbeiträgen werden ebenfalls entgegengenommen.

Eigentümer, Herausgeber: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, V., Gartengasse 1. — Verleger und verantwortlicher Redakteur: Josef Öttl, Holzarbeiter, Wien, XXI., Stryckgasse 4. (Im Auftrage der Komm. Linksopposition) — Druck: „Adria“, Wien, II., Taborstraße 52 b.